

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>5. Teil: Die Nichtigkeit der Willenserklärung und der Einigung*</b>	<b>1</b>
<b>1. Abschnitt: Die mangelnde Geschäftsfähigkeit</b>	<b>1</b>
1. Die Geschäftsunfähigkeit	2
2. Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach § 105 Abs. 2	3
Fall 1: Nachteiliger Barbesuch	4
3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	5
3.1 Wirksame Rechtsgeschäfte des Minderjährigen	6
3.1.1 Die Teilgeschäftsfähigkeit gemäß § 112 und § 113	6
3.1.2 Das lediglich rechtlich vorteilhafte Rechtsgeschäft gemäß § 107 und das neutrale Rechtsgeschäft	6
Fall 2: Schenkender Onkel	8
3.1.3 Die Einwilligung (§ 107)	9
3.1.4 Die Wirksamkeit des Rechtsgeschäftes gemäß § 110	10
3.2 Unwirksamkeit einseitiger Rechtsgeschäfte und schwebende Unwirksamkeit von Verträgen	12
3.2.1 Einseitige Rechtsgeschäfte ohne erforderliche Einwilligung sind unwirksam (§ 111)	12
3.2.2 Verträge ohne erforderliche Einwilligung sind schwebend unwirksam	12
Fall 3: Günstige Briefmarkensammlung	13
4. Die gesetzliche Vertretung	15
4.1 Die Beschränkung der Vertretungsmacht gemäß §§ 1821, 1822 (§ 1643 Abs. 1)	16
4.2 Der Ausschluss der gesetzlichen Vertretung	17
4.2.1 Die nach § 1795 von der Vertretung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte	17
4.2.2 Das In-sich-Geschäft des gesetzlichen Vertreters (§ 181)	18
Fall 4: Geschenkte Belastung	18
5. Die sonstigen Rechtshandlungen des nicht voll Geschäftsfähigen und die Zurechnung von Kenntnissen	20
• Übersicht: Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	22/23
<b>2. Abschnitt: Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts     gemäß §§ 134, 138</b>	<b>24</b>
1. Der Gesetzesverstoß gemäß § 134	24
1.1 Das Vorliegen eines Verbotsgesetzes	24

-----  
\* Fortsetzung von Band 1

1.2 Der Verstoß gegen das Verbotsgesetz .....	24
1.3 Die Rechtsfolgen des Gesetzesverstoßes .....	25
1.3.1 Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts .....	25
1.3.2 Der Umfang der Nichtigkeitsanordnung .....	28
2. Die Nichtigkeit gemäß § 138 .....	29
2.1 Die Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 2 – Wucher .....	29
2.1.1 Das auffällige Missverhältnis .....	29
2.1.2 Subjektive Voraussetzungen .....	29
2.1.3 Die Rechtsfolgen des Wuchers .....	30
2.2 Die Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1 .....	30
2.2.1 Der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1 .....	31
2.2.2 Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1 .....	33
2.2.3 Beurteilungszeitpunkt .....	33
2.3 Verhältnis des § 138 zu weiteren Normen .....	33
• Übersicht: Verstoß gegen ein Verbotsgesetz, § 134 Sittenwidrigkeit bzw. Wucher, § 138 .....	34
<b>3. Abschnitt: Das formbedürftige Rechtsgeschäft .....</b>	<b>35</b>
1. Formerfordernisse .....	35
1.1 Die kraft Gesetzes formbedürftigen Rechtsgeschäfte .....	35
1.1.1 § 313 S. 1 (§ 313 BGB a.F.): Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb von Grundstücken .....	36
1.1.2 Das Formerfordernis aus § 766 S. 1 .....	40
1.1.3 Weitere Formerfordernisse .....	41
1.2 Die vertraglich vereinbarte Form .....	41
2. Die Einhaltung der einzelnen Arten der Form .....	42
2.1 Die Voraussetzungen der gesetzlichen Schriftform gemäß § 126 .....	42
2.2 Die Textform, § 126b .....	43
2.3 Vereinbarte Schriftform, § 127 S. 2 .....	44
2.4 Die notarielle Beurkundung .....	44
2.5 Die öffentliche Beglaubigung .....	44
3. Die Rechtsfolgen des Formmangels .....	44
3.1 Nichtigkeit .....	45
3.1.1 Gesetzliche Form (§ 125 S. 1) .....	45
3.1.2 Vertraglich vereinbarte Form (§ 125 S. 2) .....	45
3.2 Die Heilung des Formmangels .....	45
3.2.1 Heilung gemäß § 311 b Abs. 1 S. 2 .....	46
3.2.2 Heilung gemäß § 518 Abs. 2 .....	46
3.3 Die Unzulässigkeit, sich auf den Formmangel zu berufen .....	46
3.3.1 Die unzulässige Rechtsausübung wegen Existenzgefährdung ....	46
3.3.2 Die unzulässige Berufung auf den Formmangel wegen eines schweren Treueverstoßes .....	47

4. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen .....	49
4.1 Die nach der h.A. gültige Andeutungstheorie .....	50
4.2 Die Falschbezeichnung bei formbedürftigen Verpflichtungsverträgen ...	50
Fall 5: Vergessene Parzelle .....	50
4.3 Die Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit .....	52
• Übersicht: Das formbedürftige Rechtsgeschäft .....	52/53

#### **4. Abschnitt: Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach erfolgter Anfechtung .....**

Überblick .....	54
1. Die Zulässigkeit der Anfechtung von Willenserklärungen .....	55
1.1 Die gesetzlichen Sonderregelungen .....	55
1.2 Gründungs- und Beitrittserklärungen .....	56
1.3 Fingierte Willenserklärungen und Rechtsscheinstatbestände .....	56
2. Der Anfechtungsgrund gemäß §§ 119 Abs. 1 .....	56
2.1 Überblick .....	56
2.1.1 Die Nichtübereinstimmung zwischen Erklärung und dem mit der Erklärung Gewollten .....	57
2.1.2 Die unbewusste Nichtübereinstimmung .....	58
2.2 Der Irrtum über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärung .....	58
2.2.1 Der Irrtum über den für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts erforderlichen Inhalt .....	58
Fall 6: Geschenkt, gekauft? .....	59
2.2.2 Der Irrtum über Rechtsfolgen .....	63
Fall 7: Kosten für teuren Versand .....	65
2.2.3 Der Kalkulationsirrtum .....	66
Fall 8: Berechnungsfehler der EDV-Anlage.....	69
• Übersicht: Die Anfechtung gemäß § 119 Abs. 1 .....	74
3. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 2 .....	75
3.1 Die Regelung des Irrtums über Eigenschaften der Sache .....	75
3.1.1 Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2 .....	75
3.1.2 Sache .....	77
3.1.3 Der Eigenschaftsbegriff .....	77
3.1.4 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaft .....	79
3.1.5 Der Eigenschaftsirrtum beim Gattungskauf .....	79
3.2 Der Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften der Person gemäß § 119 Abs. 2 .....	80
3.2.1 Die Person .....	81
3.2.2 Die Eigenschaften der Person .....	81
3.2.3 Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaften der Person .....	81
• Übersicht: Die Anfechtung gemäß § 119 Abs. 2 .....	83

4. Der Anfechtungsgrund gemäß § 120 .....	84
5. Der Anfechtungsgrund gemäß § 123 .....	85
5.1 Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung ...	86
5.1.1 Die – rechtswidrige – Täuschungshandlung .....	86
5.1.2 Die Ursächlichkeit zwischen Täuschungshandlung bzw. Irrtum und abgegebener Willenserklärung .....	88
5.1.3 Die Arglist .....	88
5.2 Die Unzulässigkeit der Anfechtung, wenn ein Dritter getäuscht hat ..	89
Fall 9: Treuherzige Eheleute .....	89
Abwandlung zu Fall 9 .....	92
5.3 Die Ansprüche des arglistig Getäuschten aus §§ 434, 437 Nr. 3; §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1; § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Alt., § 823 ff. und deren Verhältnis zueinander .....	92
Fall 10: Feuchtes Grundstück .....	92
5.4 Die widerrechtliche Drohung .....	94
5.4.1 Die Drohung .....	95
5.4.2 Die Widerrechtlichkeit der Drohung .....	95
Fall 11: Bedrohte Ehefrau .....	96
• Übersicht: Die Anfechtung gemäß § 123 sowie das Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen .....	98
6. Die Durchführung der Anfechtung und die dadurch ausgelösten Rechtsfolgen .....	99
6.1 Die wirksame Ausübung der Anfechtung .....	99
6.1.1 Anfechtungsberechtigter/Anfechtungsgegner .....	99
6.1.2 Anfechtungserklärung .....	99
6.1.3 Fristgerechte Anfechtungserklärung .....	100
6.1.4 Kein Ausschluss der Anfechtung .....	100
6.2 Die Rechtsfolgen der Anfechtung .....	101
6.2.1 Die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 142 Abs. 1 .....	101
6.2.2 Die Ansprüche nach wirksamer Anfechtung .....	102
• Zusammenfassung zur Anfechtung gemäß §§ 119 ff. ....	104
<b>5. Abschnitt: Die Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung .....</b>	<b>105</b>
1. Die Teilnichtigkeit gemäß § 139 .....	105
1.1 Voraussetzungen des § 139 .....	105
1.1.1 Einheitliches Rechtsgeschäft .....	105
1.1.2 Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts .....	106
1.2 Rechtsfolge .....	106
2. Die Umdeutung gemäß § 140 .....	107
3. Die Bestätigung gemäß § 141 .....	108

<b>6. Teil: Die allgemeinen Geschäftsbedingungen</b>	109
Überblick	109
2. Überblick zur Regelung in den §§ 305 ff.	110
<b>1. Abschnitt: Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff.</b>	110
1. § 310 Abs. 4	110
2. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	110
2.1 Die Vertragsbedingung	111
2.2 Vorformuliert für eine Vielzahl von Fällen	111
2.3 Stellen bzw. Aushandeln	112
<b>2. Abschnitt: Die Einbeziehung der AGB als Vertragsbestandteil</b>	114
1. Die Einbeziehung gegenüber Privatpersonen	114
1.1 § 305 Abs. 2	114
1.2 § 305 Abs. 3	116
2. Die Einbeziehung gegenüber Unternehmern	116
2.1 Die Hinweispflicht	116
2.2 Die Möglichkeit der Kenntnisaufnahme durch den Unternehmer	117
3. Einbeziehung in besonderen Fällen gemäß § 305a	117
4. Vorrang der Individualvereinbarung (§ 305b)	117
5. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1)	118
<b>3. Abschnitt: Die Auslegung und Inhaltskontrolle</b>	119
1. Die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen in den AGB	119
1.1 Der Grundsatz der objektiven Auslegung	119
1.2 Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2	119
2. Die Inhaltskontrolle gemäß §§ 307 bis 309	120
2.1 Ausschluss der Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 3	120
2.1.1 Vertragsbestimmungen, die keine von Rechts-	
vorschriften abweichende Regelungen enthalten	120
2.1.2 Verstoß gegen das Transparenzgebot trotz Ausschluss	
der Inhaltskontrolle	122
2.2 Die Inhaltskontrolle gemäß § 309	122
2.3 Die Inhaltskontrolle gemäß § 308	124
2.4 Die Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 und 2	
(§ 9 Abs. 1 und 2 AGB)	125
2.4.1 Die Unangemessenheit im Fall des § 307 Abs. 2 Nr. 1	125
2.4.2 Die unangemessene Benachteiligung	
gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2	126
Fall 12: Waschschäden	127
2.4.3 Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 1	128
2.5 Die Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	129

<b>4. Abschnitt: Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Vertragsbestimmung, § 306</b>	130
1. Die nicht einbezogenen oder unwirksamen Vertragsbestimmungen	130
2. Die Rechtsfolgen bei widersprechenden AGB	131
Fall 13: AGB im Widerspruch	131
3. Die Verbandskontrolle nach dem Unterlassungsklagengesetz	133
Fall 14: Die Garantiekarte	134
Abwandlung zu Fall 14	135
• Übersicht: Zusammenfassung zu den AGB	136
<b>7. Teil: Fristen, Termine, Verjährung</b>	137
<b>1. Abschnitt: Fristen und Termine</b>	137
1. Fristen	137
2. Termine	138
<b>2. Abschnitt: Verjährung</b>	138
1. Überblick	138
2. Regelverjährung	139
2.1 Fristbeginn	139
2.2 Höchstfristen gemäß § 199 Abs. 2–4	140
3. Andere Verjährungen	140
4. Vereinbarungen über die Verjährung (§ 202)	141
5. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	142
5.1 Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen (§ 203)	142
5.2 Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung (§ 204)	142
5.3 Neubeginn der Verjährung	143
6. Übergangsvorschrift (Art. 229 § 6 EGBGB)	143
6.1 Die Verjährungsfristen	143
6.2 Beginn, Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	144
<b>Stichwortverzeichnis</b>	145